

CDU steht für Null-Toleranz gegenüber Kriminalität

500.000 Straftaten pro Jahr - nirgendwo ist es unsicherer als in Berlin. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher, weil viele Straftaten aus Mangel an Polizisten gar nicht mehr angezeigt werden.

Rot-Rot hingegen suggeriert der Bevölkerung, dass Berlin sicher ist, bloß weil die Anzahl der erfassten Delikte zurückgeht. Das ist eine bewusste Täuschung. Denn durch die Stellenkürzungen bei der Polizei sind nur die gemeldeten Delikte zurückgegangen - nicht aber die tatsächlichen.

Es ist offensichtlich: Rot-

Rot spart die Innere Sicherheit kaputt. Unter Wowereit erlebt Berlin den größten Raubbau bei der Polizei in seiner Geschichte: 1.300 Stellen weniger im Vollzugsdienst. Seit 2001 wurden 7 Polizeiabschnitte geschlossen. Durch diese rigorose Streichpolitik wird Rot-Rot selbst zum Sicherheitsrisiko. Der rot-rote Wowereit-Senat steht der wachsenden Kriminalität hilflos gegenüber.

Die Union will mit einer Politik der „Null-Toleranz“ das Recht wieder durchsetzen. So wird die CDU u.a.

- die Einsparungen bei den Polizistenstellen schrittweise zurücknehmen und die Neueinstellung von Polizisten veranlassen. Darüber hinaus wollen wir den freiwilligen Polizeidienst wieder einführen.

- die Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen. Dabei setzen wir auf Prävention, aber auch auf Härte. Das Erwachsenstrafrecht muss für Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren der Normalfall, das Jugendstrafrecht der Ausnahmefall sein.

- entschieden gegen Drogen- und Kleinkriminalität vorgehen. Wir lehnen die Verharmlosung so genannter „weicher Drogen“ und die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten ab.

- uns für eine Videoüberwachung kriminalitätsbelasteter Orte einsetzen. Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

Für uns gilt: Die Menschen sollen sich in Berlin ohne Angst vor Straftaten und Gewalt zu Hause und sicher fühlen.



Schubert nach Flucht unter Druck

Die jüngste Flucht eines Häftlings während einer Verhandlung im Amtsgericht Tiergarten hat wieder einmal erhebliche Sicherheitslücken in der Berliner Justiz offenbart.

Die Flucht stellt den vorläufigen Höhepunkt einer Serie von Fluchten während der Amtszeit von Justizsenatorin Schubert dar. Frau Schubert und ihr Staatssekretär Flügge müssen sich nun auf unangenehme Fragen



Nicolas Zimmer

seitens der Opposition einstellen. Die CDU-Fraktion hatte dazu eine Sondersitzung des Rechtsausschusses unverzüglich beantragt, um den Senat zur Rede zu stellen. Immer wieder hat er nach Ansicht der CDU Verbesserungen bei der Sicherheit im Strafvollzug vorgetäuscht – jedoch sei immer wieder nichts pas-

siert. „Rot-Rot ist deshalb ein Sicherheitsrisiko für die Berliner“, sagte Nicolas Zimmer, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Die CDU fordert angesichts dieser unhaltbaren Zustände Schuberts Rücktritt. Es sei doch nicht normal, so der CDU-

Politiker, dass unter dieser Senatorin und ihrem Staatssekretär immer wieder Häftlinge flüchten, weil Aufsichtspersonal entweder versagt

oder die politische Führung keine oder falsche Vorgaben bei der Begleitung von Strafgefangenen macht. „In jedem Fall trägt die Senatorin die politische Verantwortung. Die Sicherheit der Berliner darf nicht zugunsten einer total überforderten Senatorin geopfert werden.“

Den Staatssekretär der Justiz, Flügge, mahnte



SPD-Senatorin Schubert auf der Regierungsbank. Wäscht hier jemand seine Hände in Unschuld?

Zimmer, seine Beißreflexe gegen das Recht der Opposition zu begrenzen: „Eine Senatorin und eine politische Führung mit derartigen Mängeln sind untragbar. Flügge zeichnet sich in dieser Angelegenheit nur durch Großmüdigkeit aus.

Er hat die Ernsthaftigkeit der Lage verkannt. Seiner Senatorin weiterhin einen schönen Urlaub zu wünschen und damit Tatenlosigkeit bewusst zur Schau zu stellen, ist mit den Worten `Arroganz der Macht´ kaum noch zu fassen.“

Fremd im eigenen Land



Frank Henkel

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, hat mit Entsetzen

und Abscheu auf eine Auseinandersetzung in der Badstraße im Wedding zwischen Deutschen und Türken reagiert.

Es sei äußerst bedenklich und dem friedlichen Zusammenleben überhaupt nicht zuträglich, wenn Deutsche mitten in Berlin aus einer Gruppe von Ausländern heraus nach einem Allerwelts-Streit angepöbelt und massiv bedroht werden, so der CDU-Politiker. Henkel: „Zwei Deutschen wurden nachweislich aus einer Gruppe von 40 bis 50 Ausländern heraus angedroht, dass sie im Wedding nichts zu suchen hätten. Laut Protokoll sind Sätze gefallen wie ‚Ihr lebt nicht mehr lange‘, ‚wir schlitzten Euch Deutsche auf‘ oder gegenüber den Polizeibeamten ‚Verpisst Euch Bullenschweine‘, ‚wir lassen uns von einem deutschen Polizisten überhaupt nichts sagen - Nazischweine‘.“ „Diese Aussagen sind neben der Tatsache, dass Gewalt hier unverhohlen angedroht worden ist, absolut inakzeptabel und werden in aller Schärfe von der CDU verurteilt. Bedenklich ist auch, dass offensichtlich selbst die Polizei in einigen Gebieten keine Autorität mehr genießt und Opfer der Pöbelattacken geworden ist. Dies macht deutlich, wie in einigen Gebieten gedacht wird und dass wir mittlerweile regelrecht Parallelgesellschaften haben, in denen eigene Gesetze jenseits der deutschen Leitkultur gelten. Wenn wir schon so weit sind, dass Deutsche in einigen Gebieten in Berlin zu Fremden erklärt werden und in der Minderheit sind, läuft etwas verkehrt in unserer Gesellschaft. Dies ist mehr als ein Alarmzeichen.“